

Wirtschaftspolitische Impulse für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 2035

Joachim Ragnitz

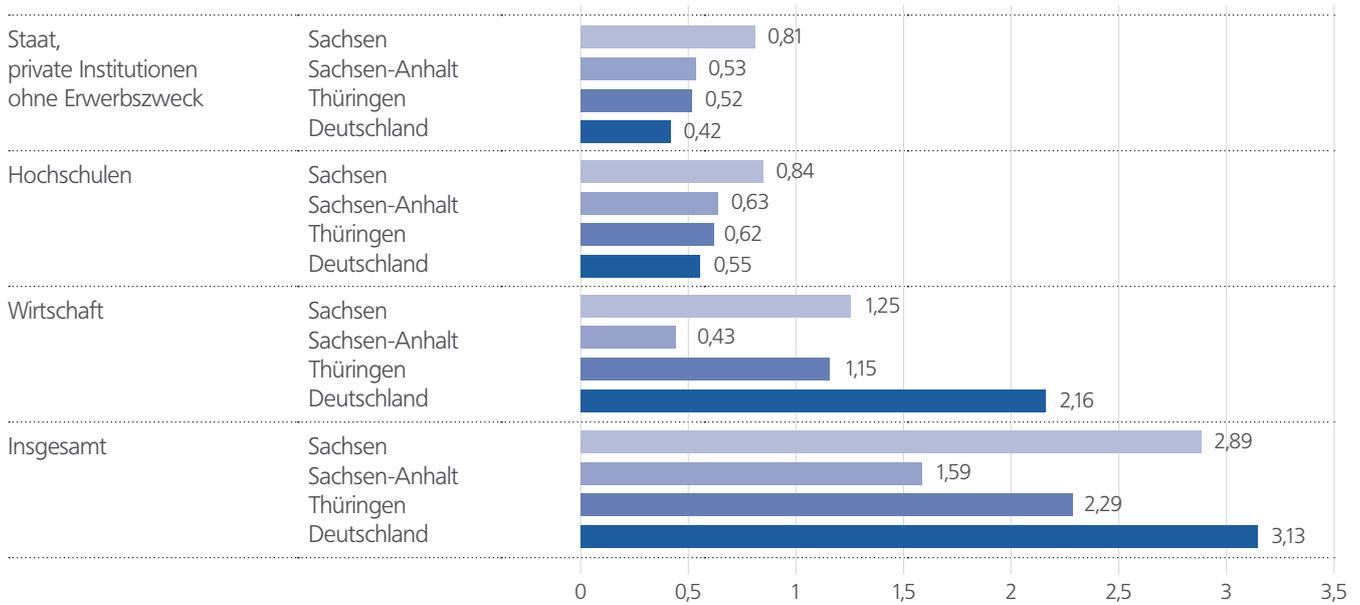
Deutschland befindet sich in einem Umbruch – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch: Die Digitalisierung umfasst immer mehr gesellschaftliche Bereiche und wird zu enormen Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen führen. Die Bewältigung des Klimawandels wird eine Anpassung der Produktionstechnologien wie auch der Produktionsstrukturen am Standort Deutschland erzwingen. Eine gesteigerte Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, die nicht zuletzt zur Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels unabdingbar ist, wird enorme integrationspolitische Anstrengungen auf allen Seiten erfordern. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer trotz der Coronakrise mittelfristig wohl weiter zunehmenden Globalisierung, die zwar viele Gewinner haben wird, aber auch Verlierer produzieren kann. Manchen Menschen in Deutschland gehen die genannten Veränderungen zu schnell, doch sie werden sich nicht aufhalten lassen. Deswegen ist es notwendig, in den kommenden Jahren in allen Maßnahmen Zukunftsorientierung als Leitbild zu verankern.

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor diesem Hintergrund vier verschiedene Szenarien für das Jahr 2035 entwickelt – von denen aber nur eines, bezeichnet als „Created by Germany“, wirklich wünschenswert ist. Kennzeichnend für dieses Szenario ist eine hohe Innovationskraft Deutschlands, insbesondere (aber nicht nur) bei Schlüsseltechnologien, eine hohe Flexibilität und Kreativität in der Breite der Bevölkerung, gefördert durch ein hohes Bildungsniveau und die Schaffung von Freiräumen für individuelles Handeln, und im Ergebnis ein hohes, durch den Export gestütztes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Alle Beteiligten sind gefordert, dieses Szenario Wirklichkeit werden zu lassen, denn die Alternativen verheißen keine positive Entwicklung. Die Politik muss hierfür Anreize und Voraussetzungen schaffen. Auch die mitteldeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen müssen ihren Beitrag zur Realisierung des Szenarios „Created by Germany“ leisten und dürfen sich nicht allein auf den Bund verlassen. Wichtige Ansatzpunkte für politisches Handeln sind dabei die Bereiche Bildung, öffentliche Investitionen und Wirtschaftsförderung/Innovation.

Bei allen Unterschieden im Detail sind Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Ländervergleich weiterhin als „strukturschwach“ einzuschätzen. Dies hat viel mit der bestehenden Unternehmens- und Siedlungsstruktur (Mangel an Großunternehmen bzw. an Unternehmenshauptsitzen; Fehlen von größeren Agglomerationsräumen) und der demographischen Entwicklung zu tun. Dies darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass es auch positive Ansatzpunkte für die künftige wirtschaftliche Entwicklung gibt: Eine Vielzahl von (mittelständischen) Weltmarktführern, ein vergleichsweise hoher Anteil an Industriebeschäftigten, eine stark ausgebaute öffentliche Forschungslandschaft, ein leistungsfähiges Bildungssystem und eine hohe Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Es gibt in vielen Bereichen auch ein attraktives Angebot an „weichen“ Standortfaktoren, das sich positiv auf die subjektiv empfundene Lebensqualität der Menschen auswirken kann. Diese Stärken gilt es auszubauen und offensiv zu vermarkten, auch um die Attraktivität für Zuwander_innen und Unternehmensansiedlungen zu erhöhen und die verbreitete Einschätzung bestehender Benachteiligungen zu beheben.

Abbildung 1

Anteil der FuE-Ausgaben am BIP 2018 nach Sektoren

► **Gezielt in die öffentliche Infrastruktur investieren**

Im Vergleich zu anderen Ländern investiert Deutschland wenig in seine öffentliche Infrastruktur. Die Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen sollten deshalb nach den Vorstellungen des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung dauerhaft auf 3% des BIP angehoben werden. Solange eine Schuldenfinanzierung von Investitionen wegen des grundgesetzlichen Schuldenverbots nicht möglich ist, lässt sich dies nur durch Umschichtungen im Haushalt erreichen. Erleichtert wird dies durch eine forcierte Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, da dadurch mittelfristig Personal eingespart werden kann.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Verschiebung der Prioritäten in den öffentlichen Haushalten von konsumtiven zu investiven Maßnahmen (insbesondere durch Überprüfung und Anpassung des Personalbestands)
- ▷ Überprüfung von Baustandards und -normen
- ▷ Nutzung der Möglichkeiten von PPP-Modellen (Public Private Partnerships)
- ▷ Schaffung ausreichender Planungs- und Steuerungskapazitäten in Ministerien und (kommunalen) Bauämtern
- ▷ Länderübergreifende Kooperation bei der Planung standardisierbarer Vorhaben
- ▷ Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren z. B. durch Verkürzung und Bündelung von Einspruchsverfahren und Nutzung digitaler Techniken innerhalb der Verwaltung

Besonderer Nachholbedarf besteht in Mitteldeutschland bei Investitionen in moderne Telekommunikationsinfrastrukturen.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Erhöhung der vom Bund bereitgestellten Mittel für den netzgestützten Breitbandausbau durch Landesmittel
- ▷ Beschleunigte Anbindung von Gewerbegebieten, Schulen, Krankenhäusern mittels FTTH/B-Technologie (Fibre to the Home/Building) auch im ländlichen Raum (ggf. Finanzierung durch GRW, d.h. durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“)
- ▷ Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (z. B. durch Aufstockung von Personal oder durch Auftragsvergabe an externe Planungsbüros)
- ▷ Bei sehr niedriger Bevölkerungsdichte: Ersatz von netzgebundenen Technologien durch Funktechnologien
- ▷ Flächendeckender Ausbau von 5G-Netzen bis zum Jahr 2030

► **Höhere Mittel für F&E, insbesondere bei Hochschulen**

Großer Handlungsbedarf besteht weiterhin bei Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation. Problematisch sind in diesem Zusammenhang vor allem die geringen FuE-Ausgaben im Wirtschaftssektor (vgl. Abbildung 1). Unmittelbaren Einfluss hat die Politik auf die Forschung in Hochschulen und Forschungseinrichtungen, da sie diese unmittelbar finanziert.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen (s.u.)
- ▷ Ansiedlung von weiteren Forschungseinrichtungen in Mitteldeutschland
- ▷ Stärkung der Spitzenforschung an (ausgewählten) mittel-deutschen Hochschulen/Forschungseinrichtungen durch Konzentration der Mittel und Schaffung von Anreizen für exzellente Wissenschaftler_innen, hier tätig zu werden
- ▷ Ausbau der (technologieoffenen) Forschungsförderprogramme für die Wirtschaft
- ▷ Unterstützung für Unternehmen, die besondere Technologieförderprogramme des Bundes/der Europäischen Union in Anspruch nehmen wollen (z. B. durch Beratung und Aufstockung des Förderbetrags aus Landesmitteln).

Einen wesentlichen Beitrag zu Forschung und Entwicklung leisten die mitteldeutschen Hochschulen. Zudem kommt ihnen große Bedeutung bei der Aus- und Weiterbildung qualifizierter Fachkräfte zu. Hierzu bedarf es aber einer auskömmlichen Finanzierung. Es erscheint daher angezeigt, zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen die Grundmittel in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen und damit vor allem dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Chance zu geben.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Erhöhung und Dynamisierung der Grundmittelausstattung der Hochschulen
- ▷ Höhere Anreize zur Einwerbung von Drittmitteln (Zielvereinbarungen)
- ▷ Anreize für exzellente Wissenschaftler_innen (z.B. durch finanzielle Ressourcen, Ausstattung mit Personalstellen,

Befreiung von Lehrverpflichtungen/Mitwirkung in der Selbstverwaltung)

- ▷ Verbesserung der Kooperation zwischen den Hochschulen (auch länderübergreifend)
- ▷ Spezialisierung der Hochschulen entsprechend ihrer komparativer Vorteile (auch länderübergreifend) (Regelung durch Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen)

► Mehr technologieorientierte Unternehmensgründungen

Eine wichtige Voraussetzung für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik sind Unternehmensgründungen. Insoweit ist es ein Grund zur Besorgnis, dass die Existenzgründungsintensität in Mitteldeutschland deutlich niedriger ist als in Deutschland insgesamt (vgl. Abbildung 2). Auffällig ist zudem der geringe Anteil Mitteldeutschlands an technologieintensiven Neugründungen („Start-up-Unternehmen“).

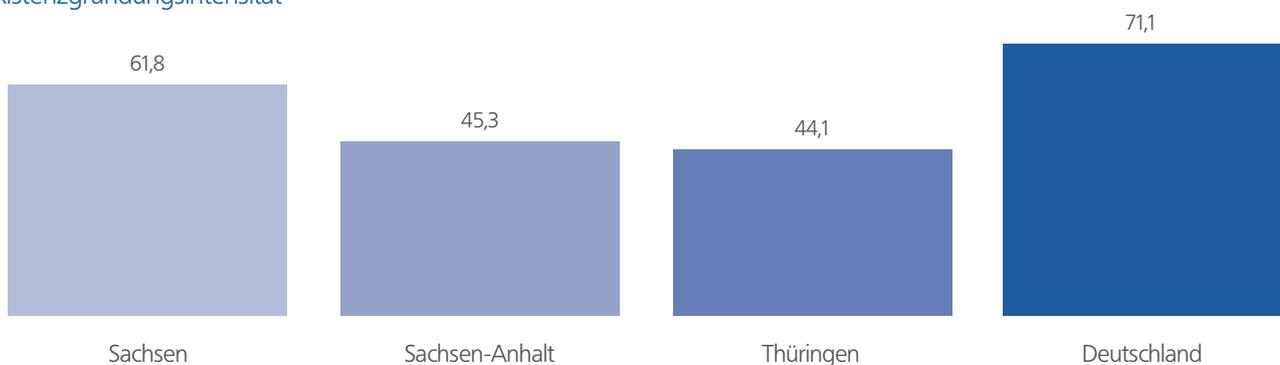
Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Verbesserung des Images von Unternehmer_innen (z.B. durch Aufklärung in Schulen)
- ▷ Intensivierung der Gründungsausbildung in Schulen und Universitäten
- ▷ Verstärkung von Beratungsangeboten für neugegründete Unternehmen
- ▷ Absicherung von Gründer_innen gegen Risiken eines Vermögensverlusts (z.B. durch Vergabe von Bürgschaften, durch Öffnung der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige)
- ▷ Zuwanderung von jungen Fachkräften als Potenzial für Gründungen/als Arbeitskraft

Abbildung 2

Gründungen je 10.000 Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter 2019

Existenzgründungsintensität



Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn.

- ▷ Bereitstellung von Beteiligungskapital (anstelle von Kredit-hilfen) für neugegründete Unternehmen
- ▷ Verbesserung der Rahmenbedingungen für technologie-orientierte Gründungen (Start-ups), z. B. durch Bereitstellung von Gewerberäumen, Erleichterung von Risikokapitalfinanzierungen (s.u.) und Verbesserung des Gründungsklimas an Hochschulen

Nach den Ergebnissen des KfW-Gründungsmonitors wird von Gründer_innen insbesondere eine starke Bürokratiebelastung als Gründungshemmnis angesehen. Dies spricht für bürokratische Erleichterungen bzw. verstärkte Hilfestellungen bei notwendigen Verwaltungsakten. Durch die Möglichkeit einer elektronischen Gewerbeanmeldung und Zusammenführung aller benötigten Informationen aus den der öffentlichen Verwaltung vorliegenden Quellen im „Backoffice“ ließen sich diese Gründungshemmnisse wirksam beheben („One-Stop-Shops“). Voraussetzung hierfür ist die vollständige digitale Vernetzung aller öffentlicher Verwaltungsstellen.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Selbstverständnis der Verwaltung als Dienstleister etablieren
- ▷ Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen (Investitionen, Weiterbildung der Beschäftigten); Automatisierung von regelgebundenen Verfahren und Abläufen
- ▷ Harmonisierung der EDV-Systeme zwischen allen föderalen Institutionen (Bund, Länder, Kommunen) und nachgelagerten Behörden
- ▷ Etablierung ländereinheitlicher Lösungen für digitale Kontaktschnittstellen zwischen Kund_innen und Verwaltung
- ▷ Möglichkeiten einer elektronischen Identifizierung z. B. bei Beantragung von Fördermitteln (medienbruchfreie Antragstellung)

Besondere Bedeutung für die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur durch Neugründungen kommt den Universitäten und Fachhochschulen zu. Wie der Gründungsradar des Stifterverbands zeigt, unterscheiden sich die einzelnen Hochschulen in Deutschland hinsichtlich Gründungsklima und Gründungsergebnissen erheblich.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Sensibilisierung der Hochschulen für das Thema „Gründungen“
- ▷ Integration gründungsrelevanter Inhalte in die Lehre an Hochschulen (insbesondere auch in technischen und geisteswissenschaftlichen Fächern)
- ▷ Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschule zur Stärkung von Ausgründungen

- ▷ Anreize für stärker praxisorientierte Forschungsprojekte, die zu Ausgründungen führen können (z. B. durch Gewinnbeteiligungen)

▶ Generationenwechsel begleiten, Fachkräfte anziehen

Das größte Problem Mitteldeutschlands wird in Zukunft der Generationenwechsel in den Betrieben sein. Da die nachwachsenden Kohorten zu gering besetzt sind, um alle altersbedingt ausscheidenden Arbeitskräfte zu ersetzen, müssen die Unternehmen Strategien entwickeln, mit weniger Personal auszukommen. Wesentlich dafür ist die Nutzung digitaler Prozesse in den Betrieben.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Weiterbildungsangebote zur Verbesserung digitaler Kompetenzen der Erwerbstätigen
- ▷ Vermittlung grundständiger digitaler Kompetenzen in Schulen
- ▷ Vermittlung fortgeschrittener digitaler Kompetenzen in Berufsausbildung und Studium

Zur Lösung des Fachkräfteproblems ist weiterhin eine verstärkte Arbeitskräftezuwanderung nach Mitteldeutschland wünschenswert. Deshalb sollten die Anstrengungen weiter verstärkt werden, Fachkräfte aus dem Ausland (und hier insbesondere aus Drittstaaten) zu akquirieren.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Aktive Anwerbung von Arbeitskräften in den jeweiligen Herkunftsländern (unter Beteiligung von Unternehmen bzw. Kammern/Verbänden)
- ▷ Anreize zum Erwerb von fortgeschrittenen Deutschkenntnissen für Zuwander_innen
- ▷ Ausbildungsangebote in ausgewählten Zielländern mit der Verpflichtung, nach Abschluss für gewisse Zeit in Mitteldeutschland tätig zu werden
- ▷ Erhöhung der Attraktivität Mitteldeutschlands als Wohn- und Arbeitsstandort (Löhne, Aufbau einer „Willkommenskultur“, weiche Standortfaktoren)

▶ Digitale Bildung und zielgerichtete Weiterbildungsförderung

Bei Schulleistungsvergleichen erreichen die drei mitteldeutschen Länder in aller Regel Plätze an der Spitze gesamtdeutscher Rankings. Allerdings hat sich die Position Deutschlands insgesamt bei internationalen Schulleistungstests in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Dies gilt vor allem für mathematische und naturwissenschaftliche Kenntnisse.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Überarbeitung der Lehrpläne insbesondere in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften zur Verbesserung der MINT-Fähigkeiten von Schüler_innen
- ▷ Gewährleistung eines ausreichenden Angebots an pädagogisch und fachlich gut ausgebildeten Lehrkräften an den Schulen
- ▷ Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit von Schüler_innen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft
- ▷ Sozialpädagogische Förderung und Betreuung von Schüler_innen mit Leistungsschwächen zur Senkung der Schulabbrecher_innenquoten
- ▷ Vollständige Digitalisierung der Schulen zur Vermeidung von künftigen Unterrichtsausfällen; Befähigung von Lehrer_innen (und Schüler_innen) zur Durchführung von Fernunterricht („Homeschooling“)

Mit Blick auf das Jahr 2035 ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften überproportional ansteigt, so dass hier Fachkräfteengpässe zu erwarten sind. Es ist daher nicht nur notwendig, weiterhin stark in die Ausbildung junger Menschen zu investieren, sondern auch die (betriebliche) Weiterbildung auszubauen. Künftig sollten diese Maßnahmen gezielt daraufhin ausgerichtet werden, Fachkräfteengpässe zu vermeiden.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Sensibilisierung der Beschäftigten (und der Betriebe) zur Notwendigkeit von Weiterbildungsmaßnahmen
- ▷ Unterstützung von ausbildenden Betrieben analog zur bestehenden Förderrichtlinie „Verbundausbildung“ in Sachsen
- ▷ Fortführung der Ausbildungsförderung auch bei Mittelkürzungen im Europäischen Sozialfonds (ESF)
- ▷ Fortführung der Weiterbildungsförderung (dabei Konzentration auf Weiterbildung in Mangelberufen bzw. auf Maßnahmen, die direkt bei den Beschäftigten ansetzen)
- ▷ Konzentration der Weiterbildungsförderung auf ältere Erwerbstätige, die seltener an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen
- ▷ Einbindung der Hochschulen in die Weiterbildung für bereits Erwerbstätige (durch Zielvereinbarungen mit Hochschulen zu regeln)

► Risikokapitalfinanzierung verbessern

Gerade neugegründete (Technologie-)Unternehmen weisen häufig einen hohen Kapitalbedarf auf, der über eine klassische Bankenfinanzierung nicht gedeckt werden kann. Eine Möglichkeit, diese Lücke zu schließen, stellen Risikokapitalgesellschaften dar.

Der Risikokapitalmarkt in Deutschland gilt als unterentwickelt, nicht zuletzt, weil die hohen Renditeerwartungen privater Investoren häufig nicht erfüllt werden. Mitteldeutschland scheint diesbezüglich einen Mangel an lukrativen Anlagemöglichkeiten aufzuweisen. Anstatt selber am Markt tätig zu werden, sollten die Länder deshalb eher die Gründung von (technologieintensiven) Start-up-Unternehmen erleichtern, die am ehesten für eine Risikokapitalfinanzierung in Frage kommen.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▷ Gemeinsame Finanzierungsangebote von staatlichen und privaten Risikokapitalgesellschaften
- ▷ Unterstützung von Start-ups bei der Beschaffung von Risikokapital
- ▷ Verbesserung der Rahmenbedingungen für Start-up-Unternehmen (s.o.)

In der Reihe Managerkreis Impulse sind zuletzt erschienen:

Geldwäsche bekämpfen, aber bitte sachgerecht und effizient

Harald Noack, Indranil Ganguli, Oktober 2020.

Städte für Menschen bauen – Best-Practice-Beispiele aus Deutschland und Europa

Elena Müller, Oktober 2020.

Forderungen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise für Mitteldeutschland

Managerkreis Mitteldeutschland der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2020.

Stark mit Quote – Unternehmenserfolg durch erfolgreiche Frauen im Vorstand?

Beate Kummer, Katrin Rohmann, Petra Rossbrey, Juni 2020.

Created by Germany – Wirtschaftspolitische Impulse für Deutschland 2035

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2019.

Diese Publikation ist Teil der Serie

Created by Germany – Wirtschaftspolitische Impulse für Deutschland 2035

des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die dazugehörigen Veröffentlichungen finden Sie unter:

<https://www.managerkreis.de/was-uns-bewegt/deutschland-2035>

Über den Autor:

Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist seit 2007 stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts und seit 2011 Honorarprofessor an der TU Dresden. Er beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, mit besonderen Schwerpunkten auf regionalem und sektorialem Strukturwandel, Finanz- und Förderpolitik sowie den Implikationen der demographischen Entwicklung.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von dem Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden und geben ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

**Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
www.managerkreis.de | ISBN: 978-3-96250-680-3 | Oktober 2020**

**Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.
Design: Lobo-Design.com | Druck: Brandt GmbH**